

# Arbeitsblatt: Liberalisierung der Weltwirtschaft

„Anfangs drückte Liberalisierung im wirtschaftlichen Kontext lediglich den Abbau von mengenmäßigen Handelsbeschränkungen aus, primär im damaligen Raum der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Heute steht der Begriff allgemein für Deregulierung und Privatisierung, beispielsweise für die Liberalisierung der Energiemärkte oder des Telekommunikationsmarktes.“ [1]

## Liberalisierung der Weltwirtschaft

bedeutet im internationalen Handel die Beseitigung von nationalen Beschränkungen, die einem freien Wirtschaftsverkehr zwischen den Staaten entgegenstehen. Insbesondere geht es um den Abbau von Hemmnissen im Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr.

Seit dem Zweiten Weltkrieg wurden die Bestrebungen verstärkt die Liberalisierung des Welthandels durch bi- und multilaterale Abkommen voranzutreiben. Dies beinhaltet den Abbau von Zöllen und nicht tarifären Handelshemmnissen, also etwa Rechtsvorschriften, Zulassungsbeschränkungen für Produkte oder Regelungen zum Patentrecht. Verantwortlich hierfür waren zunächst die internationalen Organisationen „Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen“ (GATT) und seit 1995 die Welthandelsorganisation (WTO).

Nach dem Scheitern der WTO [2] Anfang des 21. Jahrhunderts gibt es keinen weltweit einheitlichen Liberalisierungsprozess mehr. Liberalisierung vollzieht sich vielmehr verstärkt im Zuge bilateraler und biregionaler Freihandelsabkommen. Diese haben dazu beigetragen, dass sich das weltweite Handelsvolumen in den letzten Jahrzehnten immens gesteigert hat. [3] Doch es gibt auch Kritik an den Liberalisierungsmaßnahmen: Es wird kritisiert, dass alle darauf abzielen, den großen transnationalen Unternehmen neue Handlungsspielräume einzuräumen – Umweltrechte, Menschenrechte oder Arbeitsrechte spielten lediglich eine untergeordnete Rolle.

Liberalisierungsbestrebungen beschränken sich nicht nur auf Handelsabkommen: Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank haben in ihren sogenannten Strukturanpassungsprogrammen (SAP) die Agenda der Liberalisierung auf einer anderen Ebene vorangetrieben. Länder des Globalen Südens wurden zu drastischen Einschnitten in ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik gezwungen, z. B. mit der Privatisierung von Staatsbetrieben, oder mit dem Rückbau des öffentlichen Sozial- und Bildungssektors. Im Gegenzug bekamen die Länder dringend benötigte Kredite oder Schuldenerleichterungen, mussten aber gleichzeitig tiefe und grundlegende Eingriffe in ihre staatliche Souveränität akzeptieren.

## Fußnoten

[1] <https://de.wikipedia.org/wiki/Liberalisierung>

[2] Erklärtes Ziel der WTO war, ein weltweit gültiges Handelsabkommen zu vereinbaren. Es scheiterte schlussendlich am Widerstand der Länder des Südens, die ihre Interessen darin zu wenig berücksichtigt sahen.

[3] Laut Statista ist der weltweite Export im Warenhandel allein innerhalb der Jahre 1990-2016 von 3.494,7 Mrd. US-Dollar auf 15.956,4 US-Dollar angestiegen. Quelle:

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37143/umfrage/weltweites-exportvolumen-im-handel-seit-1950/>

## Weiterführende Quellen

<http://www.attac.de/themen/welthandel/>

<http://www.dw.com/de/iwf-und-weltbank-mit-schulden-politik-machen/a-4050118>

## Arbeitsfragen

- Was bedeutet der Begriff Liberalisierung?
- Welche Befürchtung/Kritik wird im Text in Bezug auf Liberalisierung geäußert?

## Arbeitsblatt:

# Die Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Maquila-Industrie in Honduras

Deregulierung: „Maßnahmen im Rahmen angebotsorientierter Wirtschaftspolitik zur Verringerung staatlicher Eingriffe (Regulierung) in das Marktgeschehen. Deregulierung verfolgt das Ziel, ineffiziente Normen und ordnungsrechtliche Vorschriften sowie Marktzutrittsbeschränkungen abzubauen, um für Unternehmen größere Entscheidungsspielräume zu schaffen, wirtschaftliches Wachstum zu begünstigen, Arbeitsplätze zu schaffen und die Schattenwirtschaft einzudämmen. Der Staat soll sich durch die Zurücknahme von Reglementierungen auf die Schaffung von Rahmenbedingungen für die marktwirtschaftliche Selbststeuerung beschränken.“ [1]

Die Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsrechtes ist ein wichtiges Argument, wenn Regierungen Investitionen in ihrem Land attraktiver gestalten wollen: Gerade Länder des Südens locken Unternehmen mit niedrigen Löhnen an. Einhergeht dies häufig mit weiteren „Lockerungen“ des Arbeitsrechts – einer Zunahme befristeter Arbeitsplätze, Leiharbeit, Kurzarbeit u.ä. bis hin zu geringen Sozialabgaben, die Unternehmen zu leisten haben. Die Maßnahmen steigern die Gewinne der Unternehmen, für die Beschäftigten bedeutet dies aber unter Umständen unwürdige Arbeitsbedingungen.

Im Zuge der Deregulierung soll der Staat Reglementierungen, Normen und ordnungsrechtliche Vorschriften zurücknehmen und staatliche Auflagen abbauen, um den Unternehmen größeren Spielraum verschaffen und so theoretisch wirtschaftliches Wachstum zu ermöglichen und Arbeitsplätze zu schaffen. In der Theorie steuert und reguliert der Markt sich daraufhin von selbst. In Honduras wurde nach dem Putsch 2009 gegen den progressiven Präsidenten Manuel Zelaya, der Maßnahmen des sozialen Ausgleichs auf den Weg gebracht hatte, die gegensätzliche Devise vertreten: „Honduras is open for business“ und mit einer Reihe von Reformen und Gesetzen sollten Investoren ins Land gelockt werden.

In dem zentralamerikanischen Land spielt die sogenannte Maquila-Industrie eine wichtige Rolle; in Freihandelszonen, wo Unternehmen von Steuervergünstigungen und sehr geringen Import- und Exportzöllen profitieren, werden Produkte (vor allem Textilien) für den Weltmarkt produziert. Um den Sektor noch attraktiver zu gestalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen, wurden in der Nach-Putsch Ära neue Arbeitsgesetze verabschiedet. Die Zahlen geben der Gesetzesinitiative recht: Allein zwischen 2015 und 2016 sind die Beschäftigtenzahlen in der Maquila-Industrie von 135.000 auf 145.000 gestiegen. Und auch die makroökonomischen Zahlen bestärken das Bild: Laut der Weltbank steigt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von Honduras in den letzten Jahren kontinuierlich. [2]

Allerdings ist es nun u.a. erlaubt, bis zu 50 % der Beschäftigten über Zeitverträge oder als Aushilfen einzustellen. Das hat direkte Auswirkungen auf die gewerkschaftliche Organisation, die erschwert wird, wenn Beschäftigte nur kurzfristig angestellt werden. Gewerkschaften sind wichtig, um für gerechte Löhne zu streiten und für die Einhaltung von grundlegenden Arbeitsrechten einzutreten. In einigen Fabriken wird nicht mal der Mindestlohn gezahlt (obwohl der gesetzliche Mindestlohn auch nur etwa 30 % des Warenkorb abdeckt). Die Arbeitstage sind lang und Überstunden werden nicht bezahlt. Schwangeren wird gekündigt, wenn ihre Schwangerschaft bekannt wird, der Mutterschutz wird nicht eingehalten. Es gab sogar Berichte über ein koreanisches Unternehmen, das den Angestellten Windeln austeilte, um damit den Arbeitszeitverlust durch den Gang zur Toilette einzusparen.

Die vielen grundlegenden Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen sind nicht unbedingt durch das honduranische Gesetz erlaubt, allerdings werden sie durch die Deregulierungsmaßnahmen der letzten Jahre begünstigt. Denn wenn die Arbeit immer prekärer wird und Gewerkschaften systematisch in ihrer Arbeit behindert werden, werden Arbeiter\*innen der Möglichkeit beraubt, für ihre Rechte einzutreten. Hinzu kommt eine allgegenwärtige Korruption und der fehlende politische Wille von Seiten der Regierung, die bestehenden (internationalen) Menschen- und Arbeitsrechte durchzusetzen.

## Fußnoten

[1] <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19121/deregulierung>

[2] Laut der Weltbank wurde das BIP zwischen 1990 und 2016 von ca. 3 Mrd. US-Dollar auf 21,5 Mrd. US-Dollar erhöht. Quelle: <http://databank.worldbank.org/data/reports.aspx?source=2&type=metadata&series=NY.GDP.MKTP.CD>

## Weiterführende Quellen

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19121/deregulierung>

<http://www.economiccritica.com/wp-content/uploads/2016/02/EL-LIBRO-DIGITAL.-ORTLCRE-ADA-DR-CAFTA-.pdf>

<http://www.elheraldo.hn/pais/1013853-466/honduras-sector-maquila-cerrar%C3%A1-2016-con-10000-nuevos-empleos>

<https://www.ila-web.de/ausgaben/351/hunger%C3%B6hne-als-%E2%80%9Eausweg-aus-der-armut%E2%80%9C>

## Arbeitsfragen

- Was bedeutet der Begriff Deregulierung?
- Welche Befürchtung/Kritik wird im Text in Bezug auf Deregulierung geäußert?

# Arbeitsblatt: Privatisierung von Wasser in Bolivien und Berlin

In den letzten Jahrzehnten kam es weltweit zu einer immer stärkeren Privatisierung. Privatisiert wurden Bereiche, die vormals in staatlicher Hand waren, wie die Wasser- und Stromversorgung oder die Telekommunikation. Oft passierte dies unter Druck internationaler, neoliberal geprägter Institutionen wie der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) oder der Europäischen Union. Denn private, unter Konkurrenz- und Wettbewerbsdruck stehende Unternehmen - so die Privatisierungsbefürworter\*innen - arbeiten effizienter und können daher das öffentliche Gut besser und billiger bereitstellen. Unterm Strich würden alle davon profitieren. Außerdem würden dadurch die öffentlichen Haushalte entlastet. Doch gerade die Privatisierung eines wichtigen öffentlichen Gutes wie Wasser birgt viele Gefahren: Oft wird einem einzelnen Unternehmen die Wasserversorgung übertragen, dass sich weder Konkurrenz noch Wettbewerb stellen muss. Die Erfahrung zeigt auch, dass die Versorgung oft teurer und schlechter und demokratische Mitsprache erschwert wurde. Nicht selten wurde jedoch eine Privatisierung durch entschiedene Proteste aus der Bevölkerung wieder rückgängig gemacht.

Einer der bekanntesten Proteste ist unter dem Namen der Wasserkriege von Cochabamba bekannt geworden und spielte sich zwischen 1999 und 2000 in Bolivien ab.

„Um an neue Kredite und Hilfen für den Ausbau der Wasserversorgung von der Weltbank zu kommen, privatisierte die damalige bolivianische Regierung unter Präsident (und Ex-Diktator) Hugo Banzer 1999 die Wasserversorgung der Städte Cochabamba und El Alto/La Paz. Dies hatte die Weltbank zur Bedingung für ihre finanzielle Unterstützung gemacht. [...] So übergab im September 1999 die bolivianische Regierung Cochabambas Wasser in einem geheimen Prozess an den einzigen Bieter, das Unternehmen Aguas del Turani. Die Mehrheitseigentümer von Aguas del Turani waren das Unternehmen Bechtel, das größte Bau- und Anlagenbauunternehmen der USA und das spanische Unternehmen Abengoa. Der Vertrag beinhaltete eine Monopolkonzession für die Wasserversorgung über 40 Jahre mit garantierten Renditen von 16 Prozent.

Binnen weniger Wochen erhöhte Aguas del Turani die Wasserpreise im Schnitt um mehr als 50 Prozent, zudem verbot sie die lizenzlose Nutzung des Regenwassers. Die Folge war ein Aufstand in der ganzen Stadt – heute bekannt als der „Wasserkrieg“ von Cochabamba. Vier Monate lang demonstrierten die Menschen, einer starb, Hunderte wurden verletzt, bis das Unternehmen schließlich fluchtartig das Land verließ und die Regierung die Privatisierung rückgängig machte.“  
[1]

Auch in Berlin wurde 1999 das landeseigene Wasserversorgungsunternehmen zur Hälfte privatisiert, denn das hoch verschuldete Berlin stand vor der Pleite und durch den Verkauf erhoffte sich das Land sprudelnde Einnahmen.

„Die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe hatte 1999 die Finanzsenatorin Fugmann-Heesing (SPD) in einer großen Koalition unter dubiosen Bedingungen eingefädelt. Die Folge ist, dass entgegen allen Versprechungen sich die Schulden Berlins seit dem Teilverkauf verdoppelt haben und nun bei über 62 Milliarden Euro liegen. Das verwundert nicht, weil nach Gas und Strom ausgerechnet einer der am besten laufenden Betriebe an international tätige Konzerne verkauft wurde. Nicht nur die Einnahmen der Stadt waren schlecht dran, sondern auch die Verbraucher\*innen, die im Laufe der Zeit immer höhere Wasserpreise hinnehmen mussten. Vor kurzem hat nun das Bundeskartellamt die Berliner Tarife für Trinkwasser als Preismissbrauch gebrandmarkt und eine Absenkung verfügt.“ [2] Das offensichtliche Desaster bei der Privatisierung der Wasserversorgung löste breite Proteste aus, die schließlich zur Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe führten.

## Fußnoten und Quellen

[1] Wasserhahn auf, Geldhahn zu (2017): [https://www.fdcl.org/wp-content/uploads/2017/09/Dossier\\_16\\_Schiedsgerichte\\_web.pdf](https://www.fdcl.org/wp-content/uploads/2017/09/Dossier_16_Schiedsgerichte_web.pdf)

[2] Berliner Wassertisch: Verraten und verkauft (2012): [https://berliner-wassertisch.net/assets/kampas/Flyer\\_verraten.pdf](https://berliner-wassertisch.net/assets/kampas/Flyer_verraten.pdf)

## Arbeitsfragen

- Was bedeutet der Begriff Privatisierung?
- Welche Befürchtung/Kritik wird im Text in Bezug auf Privatisierung geäußert?

# FACT-SHEET: Was ist Neoliberalismus?

Neoliberalismus ist ein Begriff, der heute in vielen Debatten verwendet wird, vor allem in kritischer Absicht. Als neoliberal werden Entwicklungen bezeichnet, die in den letzten Jahrzehnten verstärkt das Verhältnis von Staat und Wirtschaft formten und sich auf immer mehr Lebensbereiche ausgedehnt haben. Es geht nicht nur um Wirtschafts- und Handelspolitik, sondern auch um die Ökonomisierung immer weiterer Lebensbereiche, wie zum Beispiel Bildung und Gesundheit. Alles soll nach dem Prinzip des Freien Marktes funktionieren. Im Neoliberalismus hat die Wirtschaftsfreiheit Vorrang vor allem anderen. Freie Märkte, Wettbewerb und Leistungsprinzip werden propagiert. Die neoliberale Idee soll mit verschiedenen Instrumenten, die häufig unter den drei Schlagworten Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung diskutiert werden, durchgesetzt werden.

Häufig wird den Kritiker\*innen vorgehalten, dass sie den Begriff Neoliberalismus nicht korrekt verwenden würden. Tatsächlich stand er ursprünglich für eine wirtschaftspolitische Ausrichtung, die einen *neuen* (= neo) Liberalismus formulierte, der nicht nur die Interessen des Marktes im Blick haben sollte, sondern auch dem Staat eine wichtige Rolle zugedachte. Er sollte eine *soziale* Marktwirtschaft garantieren, soziale Sicherungssysteme gewährleisten und damit der freien Marktwirtschaft einen starken Sozialstaat gegenüberstellen. Die Bedeutung des Begriffs hat sich in den letzten Jahrzehnten aber verschoben. Wird aktuell über Neoliberalismus diskutiert, wird kritisiert, dass der Marktwirtschaft gerade das „Soziale“ abhanden gekommen ist und die Ökonomisierung aller Lebensbereiche immer weiter um sich greift.

Heute wird das neoliberale Denken in Verbindung gebracht mit Ökonomen wie Milton Friedman oder Friedrich August von Hayek. Sie waren überzeugt, dass der freie Markt sich nur durch möglichst wenige Eingriffe des Staates entfalten könnte. Inzwischen werden ihre Überzeugungen auch von den meisten Wirtschaftswissenschaftler\*innen und Wirtschaftsexpert\*innen vertreten, die entscheidende politische und gesellschaftliche Positionen besetzen. Was genau sich hinter dem Begriff des Neoliberalismus verbirgt, ist nicht ohne weiteres auf den Punkt zu bringen. Hier sollen einige Schlaglichter auf wichtige Punkte gelegt werden und was ihnen kritisch entgegengehalten wird.

## Wirtschaft und Staat im Neoliberalismus

Die neoliberale Vorstellung von der Rolle des Staates beschränkt ihn darauf, Rechtsstaatlichkeit zu garantieren, privates Eigentum und unternehmerische Aktivitäten zu schützen. Würde der Staat mit politischen Regulierungen in die wirtschaftlichen Aktivitäten der Unternehmen eingreifen, würde das den freien Wettbewerb stören und wirtschaftliche Instabilität provozieren. Denn freie Märkte tendierten immer zu einem Ausgleich – das besagt die als quasi Naturgesetz formulierte Überzeugung des Neoliberalismus. Ziel ist also der Wettbewerbsstaat und der Rückbau des Sozialstaates.

Freie Märkte – halten Kritiker\*innen entgegen, gäbe es nicht – und schon gar nicht könnten soziale Prozesse wie wirtschaftliches Handeln wie ein Naturgesetz aufgefasst werden. Auch der Staat spiele eine wesentliche Rolle. Denn er schafft erst den Rahmen – z.B. durch Handelsabkommen – damit sich die wirtschaftliche Freiheit voll und ganz entfalten kann. Staatliche Eingriffe können darüber hinaus wichtige soziale Funktionen erfüllen, durch die Unterstützung von Arbeitslosen oder Besteuerung hoher Einkommen. Falsch sei zudem, dass freie Märkte niemals scheitern könnten. Die Finanzkrise von 2008/2009 sehen viele Kritiker\*innen als Beweis dafür, dass eine unregulierte freie Finanzmarktspekulation die Welt in eine schwere Krise geführt hat. Gerade staatliche Eingriffe, wie die finanzielle Rettung von Banken, haben hier schlimmeres verhindert.

## Der freie Markt und die Freiheit im Neoliberalismus

Die Freiheit, auf einem freien Markt handeln zu können, wird zur Grundbedingung für die Freiheit schlechthin: Vertreter\*innen der neoliberalen Idee gehen davon aus, dass eine Gesellschaft nur wirklich frei sein kann, wenn auch der Markt frei ist. Umgekehrt fördere der Freihandel und der freie Markt gesellschaftliche Freiheit. Entfalten kann sich der freie Markt im Wettbewerb mit

anderen Marktteilnehmer\*innen; Angebot und Nachfrage sorgen für einen immer wiederkehrenden Ausgleich – wie in einem Naturgesetz.

Der freie Markt ist der Anfang und das Ende des Neoliberalismus – manche setzen den Begriff gar mit „Marktfundamentalismus“ gleich.

Kritiker\*innen der neoliberalen Idee sehen die Durchsetzung von Freiheit differenzierter. Für sie ist ein freier Markt noch lange kein Garant für gesellschaftliche und individuelle Freiheit. Im Gegenteil; wirtschaftliche Freiheit verträgt sich auch mit autoritären Regimen, wie etwa das Beispiel China zeigt – oder historisch das diktatorische Chile.

### Der Mensch im Neoliberalismus

Das Menschenbild im Neoliberalismus ist recht beschränkt. Es wird davon ausgegangen, dass der Mensch als *homo oeconomicus* einzig von egoistischen Motiven geleitet wird und nur auf den Eigennutz und Profit bedacht ist. Hinzu kommt, dass der Mensch nur in seiner Rolle als Marktteilnehmer wahrgenommen wird und andere Handlungsmotive oder Rollen ausgeblendet werden.

Kritiker\*innen gehen hingegen davon aus, dass der Mensch wesentlich vielschichtiger zu betrachten sei. Echte Solidarität oder uneigennütziges Verhalten kann mit dem neoliberalen Menschenbild nur schwer erklärt werden. Wird der Mensch auf seine Rolle als Konsument bzw. Marktteilnehmer reduziert, scheint auch die viel gepriesene Freiheit des neoliberalen Denkens recht verkürzt: Die menschliche Freiheit besteht dann darin, am Marktgeschehen teilzunehmen oder eben nicht.

### Quellen

<http://www.zeit.de/2014/38/neoliberalismus-august-von-hayek-kapitalismus>

<http://www.zeit.de/politik/2012-11/leserartikel-neoliberalismus>

<https://www.rosalux.de/themen/ungleichheit-soziale-kaempfe/specials/wirtschaft/hypothekenkrise/neoliberalismus.html>

<http://www.tagesspiegel.de/wissen/geschichte-des-neoliberalismus-oekonomische-schocktherapien-mit-folgen/14445746.html>

## Zitate und Karikatur für „Stille Diskussion“ (insgesamt ca. 4 auswählen)

„Ich definiere Globalisierung als die Freiheit unserer Firmengruppe, zu investieren, wo und wann sie will, zu produzieren, was sie will, zu kaufen und zu verkaufen, wo sie will, und alle Einschränkungen durch Arbeitsgesetze oder andere gesellschaftliche Regulierungen so gering wie möglich zu halten.“

Percy Barnevik (ABB/Asea-Brown-Boveri, Schweizer Industriekonzern)

„Die Erfahrung zeigt, dass da, wo Märkte funktionieren, jeder kriegt, was er will.“

Wernhard Möschel (Universitätsprofessor / Enquetekommission "Zukunft der Medien")

Der gute Mensch kommt als letzter ins Ziel.

Russisches Sprichwort

Reicher Mann und armer Mann

Standen da und sahen sich an.

Und der Arme sagte bleich:

Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.

Bertolt Brecht, deutscher Schriftsteller

Stellen Sie sich vor, wenn die Menschen in der Sowjetunion noch nie vom Kommunismus gehört hätten. Die Ideologie, die unser Leben dominiert, hat für die meisten von uns keinen Namen. Erwähne es im Gespräch und du wirst mit einem Achselzucken belohnt werden. Auch wenn deine Zuhörer den Begriff vorher gehört haben, werden sie Schwierigkeiten haben, um ihn zu definieren.

Neoliberalismus: Weißt du was es ist? Seine Anonymität ist sowohl ein Symptom als auch eine Ursache für seine Macht. .... So weit verbreitet ist der Neoliberalismus, dass wir ihn selten als

Ideologie erkennen.

George Monbiot, britischer Journalist, Autor und Universitätsdozent

Im Neoliberalismus herrscht der "Irrglaube", dass "die Volkswirtschaft blühen könne, wenn es dem Volk nicht gut gehe".

Oskar Lafontaine, deutscher Politiker

„Viele Leute möchten, dass der Staat die Konsumenten schützt. Dabei wäre es wesentlich dringender, die Konsumenten vor dem Staat zu schützen.“

Milton Friedman, US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler

„Die Geschichte lehrt, dass der Kapitalismus eine notwendige Voraussetzung politischer Freiheit ist.“

Milton Friedman, US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler

„Die soziale Verantwortung eines Unternehmens besteht darin, seinen Profit zu erhöhen.“

Milton Friedman, US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler



Der Kellner: „Und zu trinken haben wir nur die Marken von Coca Cola...“  
Auf dem T-Shirt: „Ich trinke keine Coca Cola“

Quelle: Nieves Capote – Otros Mundos AC/Chiapas (CC BY-NC-ND)